

Bildungspolitik

Für die Entwicklung der heranwachsenden europäischen Generation spielen Bildung und Ausbildung eine entscheidende Rolle. Sie sind die zentralen Einflussfaktoren einer qualifizierten und engagierten Bevölkerung, die die Grundlage für das Wachstum und den Zusammenhalt unserer europäischen Gemeinschaft bildet. Um eine nachhaltige Zusammenarbeit in der Europäischen Union zu verankern, müssen aufbauend auf unserem gemeinsamen Wertefundament weitergehende Maßnahmen ergriffen werden, die zur Entstehung einer aktiven und mündigen Bürgerschaft in der Europäischen Union beitragen.

Bildung im Rahmen bestehender Kompetenzen aktiv gestalten

Kurzfristig sollte die Europäische Union ihre Bemühungen auf den Feldern der europäischen Bildungspolitik intensivieren, die sie schon heute aktiv gestalten kann:

Ergänzung des europäischen Hochschulraums durch Europäische Universitäten. In einer Zukunft, in der wir mit zunehmend internationalen und weniger nationalen Problemen konfrontiert werden, können Europäische Universitäten der Ort sein, an dem Europa den Herausforderungen seiner Zukunft Lösungen entgegensetzt. Dort soll das Fundament für eine nachhaltige europäische Zusammenarbeit gelegt werden, indem unmittelbar EU-finanzierte Hochschulen mit vergleichbaren Strukturen verstreut über das EU-Gebiet geründet werden.

Abbau von Hürden im Hochschulraum durch europäische Hochschul-Datenbank. Zum Abbau der Hürden eines Auslandssemesters stellt eine Hochschuldatenbank mit einheitlich aufbereiteten Informationen zu den Semesterdaten, dem Studienverlauf, dem Studiengang- und Fächerangebot sowie Curricula einer Universität eine ebenso simple wie effektive Lösung dar.

Strukturelle Angleichung über Bologna hinaus. Die Einführung eines europäischen Hochschulgesetzes kann nach der Bologna-Reform dazu beitragen, vergleichbare Bedingungen und damit vergleichbarere Abschlüsse zu schaffen. Durch eine Angleichung

der Semesterzeiten können Studiengänge außerdem weiter harmonisiert werden und sich so die Lernmobilität der Studierenden entscheidend verbessern.

Einführung eines europäischen Schulraums durch die Förderung von Europaschulen.

Europäisch vernetztes Lernen soll nicht allein Akademikern vorbehalten sein, sondern eine Möglichkeit für jeden Europäer bieten, sich europaweit mobil weiterzubilden. Neben dem breiten Förderangebot an Universitäten muss die EU vor allem Schüler stärker unterstützen. Dazu ist der Auf- und Ausbau von Europaschulen zu forcieren und europäische Kriterien zur Anerkennung einer Europaschule zu bestimmen. Europaschulen sollen Schüler durch stärkeren Fokus auf gesamteuropäische Themen, länderübergreifend harmonisierte Lehrpläne und mehrsprachigen Unterricht besser auf das Leben und Arbeiten in der Europäischen Union vorbereiten als herkömmliche Schulen.

Strukturelle Angleichung der Schulsysteme fördern. Um Bildung europaweit besser und effizienter gestalten zu können, soll ein Best-Practice-Modell die Stärken der verschiedenen Bildungssysteme der Mitgliedstaaten zusammenführen, indem man sich an den Staaten orientiert, die in den vergangenen Jahren konstant die besten Leistungen im Bereich der Bildungsmessung erreicht haben. Dafür ist die Formulierung und Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Angleichung der Strukturen ihrer Bildungssysteme nötig.

Gemeinsame Standards schaffen

Langfristig sollte ein offener europäischer Kern die gemeinsame Bildungspolitik weiter integrieren und auf transnationaler Ebene Standards etablieren.

Die EU und ihre Werte verbindlich im Lehrplan behandeln. Um jedem Schüler die Chance zu geben, ein selbstständiges, mündiges und aktives Mitglied unserer europäischen Gemeinschaft zu werden, müssen Themen wie Staatsformen, Wahlen, europäische Institutionen sowie Rechte und Pflichten eines Bürgers der EU fest im Lehrplan verankert werden. Denn nur jemand, der mit seinen Rechten und Pflichten als Bürger vertraut ist, kann diese auch wahrnehmen.

Interventionsmöglichkeit gegen Indoktrinierung. Sollten in einem der Mitgliedstaaten Lehrinhalte vermittelt werden, die nicht im Einklang mit den gemeinsamen Werten stehen, muss das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, zu intervenieren.